

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU

Integration durch Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen fördern

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, eine landesgesetzliche Regelung über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen bezogen auf landesgesetzlich geregelte Berufe vorzulegen.

Begründung:

-
1. Am 1. April 2012 ist das Gesetz des Bundes zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen (sogenanntes Anerkennungsgesetz) in Kraft getreten. Mit diesem Anerkennungsgesetz des Bundes werden die Verfahren zur Bewertung ausländischer Berufsqualifikationen im Zuständigkeitsbereich des Bundes weiter geöffnet, vereinfacht und verbessert.
 2. Ziel der erleichterten Anerkennung ist es, die Qualifikationspotenziale hier lebender Menschen, die im Ausland einen Beruf erlernt haben, besser zu erschließen und eine Beschäftigung im erlernten Beruf zu ermöglichen. Damit wird die Integration von Migrantinnen und Migranten in die Arbeitswelt gefördert und ein Anreiz für Fachkräfte im Ausland gesetzt, nach Deutschland zu kommen.
 3. Vom Anerkennungsgesetz des Bundes sind nur Berufe im Zuständigkeitsbereich des Bundes betroffen. Es regelt nicht die Berufe, für die die Länder zuständig sind, wie zum Beispiel Lehrer, Erzieher, Sozialpädagogen, Ingenieure und Architekten. Für diese

Berufe wird die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse durch Ländergesetze geregelt.

4. Für reglementierte Berufe in Länderzuständigkeit (zum Beispiel Lehrer, Ingenieure, Architekten) gibt es bereits Länderregelungen, mit denen die EU-Berufsanerkennungsrichtlinie umgesetzt ist. Diese Regelungen gelten jedoch überwiegend nur für Staatsangehörige beziehungsweise Qualifikationen aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union, des Europäischen Wirtschaftsraums oder der Schweiz. Sie sollen nun nach dem Muster des Anerkennungsgesetzes des Bundes auch für Staatsangehörige beziehungsweise Qualifikationen aus Drittstaaten erweitert werden.

Berlin, 25. Februar 2013

Saleh Becker Lehmann
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der SPD

Graf Prof. Dr. Korte Dregger
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU